

DIE ZEIT

Korruption, wohin wir blicken

Warum die Journalistin Kerstin Holm Russland gründlich satt hat

Von Sonja Margolina

Dass Russland und Korruption beinahe Synonyme geworden sind, pfeifen nicht nur die Spatzen von den Dächern; dafür gibt es ein internationales Ranking, in dem die ehemalige Supermacht einen der vordersten Plätze, irgendwo vor Bangladesch, einnimmt. In den vergangenen Jahren erschienen in Russland mehrere beachtenswerte Studien zum Phänomen Korruption und Schattenwirtschaft; sie erfassen neben der Privatisierung der staatlichen Ämter, dem Zusammenwachsen der staatlichen Institutionen und der Wirtschaft mit der Organisierten Kriminalität, der Steuerhinterziehung, verschiedenen Formen der Schutzgelderpressung auch die Alltagskorruption der kleinen Leute, die im Grunde genommen nichts anderes ist als die Überlebenstechnik in einem Gemeinwesen, das nicht nach Gesetz, sondern nach Gewohnheits- und Faustrecht lebt. Abgesehen davon reißen in den russischen Medien die Berichte über spektakuläre Korruptionsaffären von Regierungsbeamten, Duma-Abgeordneten und Geheimdienstlern nicht ab. Dieses beinahe epische Panorama eines „Schattenstaates“ liefert den Rahmen für das Buch der FAZ-Korrespondentin Kerstin Holm über die russische Korruption. Die Autorin kennt sich in der russischen Kulturgeschichte hervorragend aus. Außerdem war sie Augenzeugin der Perestrojka und des Transformationsprozesses und scheint wie viele „teilnehmende Beobachter“ des letzten Modernisierungsschubs von dessen Ergebnissen enttäuscht zu sein. Vor diesem Hintergrund stellt sie die Frage nach den kulturhistorischen Voraussetzungen der endemischen Korruption, von der das russische Gemeinwesen befallen ist.

Die Korruption, glaubt die Autorin, sei schon im Mittelalter durch das System der „Fütterung“ angelegt worden: Die Herrscher der russischen

Teilfürstentümer überließen ihren Vasallen Ländereien, von denen diese sich ernähren sollten. Bald wird die Fütterung zum allgemeinen Prinzip des Staatsdienstes, der keine beziehungsweise nur eine miserable Besoldung der Beamten voraussetzt, sollen sie doch ihr Amt und Würden zu einer Futterkrippe machen. In der russischen Geschichte habe es Perioden gegeben, in denen die Zentralmacht schwach gewesen sei und das Korruptionswesen sich ungehindert habe entfalten können, sowie die Reformphasen, in denen Korruption ostentativ verfolgt worden sei, etwa unter Peter dem Großen oder zu Stalins Zeiten. Zar Peter war für seine inquisitionsähnlichen Hinrichtungen der Diebe am Staatseigentum berühmt, und selbst Stalin konnte die Korruption nicht ausrotten, obwohl er potenzielle Verbrecher schon im Voraus liquidieren ließ.

Kerstin Holm lässt die Korruptionsgeschichte Revue passieren und zeigt sie als Wiederkehr des Immergleichen. Damit hat sie nicht Unrecht. Die kulturellen Weichen der Nation werden sehr früh, in der Zeit des *nation-building* gestellt. Werte und Institutionen reproduzieren sich innerhalb desselben Systems, und die Modernisierungsanstrengungen können durch das System unterstützt oder erstickt werden. Dann spricht man von der „abortiven Modernisierung“. Russlands abortives Potenzial scheint nicht erschöpft zu sein, im Gegenteil, es nimmt zu, und die Korruption, die gegenwärtig auf die Privatisierung der staatlichen Institutionen und Einkünfte hinausläuft, ist der Beleg dafür.

Korruption ist ein vielschichtiges Phänomen, und sie kann ganz unterschiedlich, je nach der Perspektive des Autors und dessen Sicherheit im Umgang mit dem Material, betrachtet werden. Die Optik Holms wird bestimmt durch ihre problematische Definition der Korruption. Es ist nicht falsch, diese aus der lateinischen Wurzel abzuleiten und als „Verderbnis“ zu interpretieren. Aber die Totalisierung des Begriffs bringt die Totalisierung dessen, was auf den Begriff gebracht werden soll, mit sich. Damit entsteht eine Sichtweise, in der so ziemlich alles unter Korruptionsverdacht gerät.

Das gilt zum Beispiel für die orthodoxe Kirche, auf die Holm nicht gut zu sprechen ist. Die Autorin begnügt sich nicht damit, deren Bereicherungssucht und korrumpierende Allianz mit dem Staat an den Pranger zu stellen; auch in der orthodoxen Lehre sieht sie eine Affinität zur Korruption. Selbst in der sakralen Kunst, etwa in der „umgekehrten Perspektive“ der Ikonen, komme

die Korruption der individualistischen Werte zum Ausdruck. In dieser dekonstruktivistischen Lesart kann jede Abweichung von Ideen, Werten und Ansichten als Korruption von Normen dargestellt werden, die der Westen verkörpert.

Zwar ist es nicht falsch, die Ursache für die Korruption in der fehlenden Erfolgsethik, im schwachen Rechtsbewusstsein, Fatalismus, Nihilismus und in vielen anderen Erscheinungsformen des russischen Kulturstils zu suchen. Doch in dieser Totalität kann die Spezifik der russischen Kultur für die ganze Fehlentwicklung verantwortlich gemacht werden, obwohl doch die Korruption nur eines von vielen Symptomen ist.

Außerdem bleibt die Autorin vage im Hinblick auf die wachsende Korruption im Westen, obwohl „der schleichende Verfall der Zivilgesellschaft“ nichts Gutes verspricht. Das Buch beginnt mit der Behauptung, die Erfahrung der Korruption in Russland sei „total und existenziell“, und es endet mit der Feststellung, dass darin die „Universalität“ Russlands bestehe. Das könnte bedeuten, dass Russland bald überall sein wird. Angesichts dieser schönen Aussicht wäre es interessant, die so definierte und vermutlich virulente Korruption vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union, von Sicherheitsinteressen und viel beschworener Integration zu denken, also im Zusammenhang mit den aktuellen europäischen Diskursen. Das geschieht aber nicht. Deshalb hinterlässt das Buch das Gefühl, dass die Autorin Russland einfach satt hat.

n Kerstin Holm: Das korrupte Imperium

Ein russisches Panorama; C. Hanser Verlag, München 2003; 264 S., 17,90 €

(c) DIE ZEIT 25.09.2003 Nr.40

40/2003

HANDELSBLATT, Freitag, 15. September 2006, 16:24 Uhr

Auslandsengagement

„Korruption gehört zum Alltag in Russland“

Von Christina Otten

Die russische Unterwelt hat mit einem Auftragsmord den ersten Vize-Chef der Zentralbank töten lassen. Es sind Nachrichten wie diese, die viele Unternehmen vor einem Engagement in dem Land zurückschrecken lassen. Korruption oder fehlende Rechtssicherheit bleiben unangenehme Hürden. Dabei sind die Erfolgsaussichten auf dem Markt so groß wie nie zuvor.



Korruption in Russland: Ohne einen

guten Draht zu den Behörden läuft oft

nichts. Foto: dpa

DÜSSELDORF. Die russische Wirtschaft boomt. Die atemberaubende Entwicklung der vergangenen Jahre macht Russlandinvestitionen zunehmend interessant. Viele westeuropäische Unternehmen zögern allerdings mit einem Markteinstieg. Denn einige Probleme sind noch ungelöst.

Obgleich so manches ausländische Unternehmen auf dem russischen Markt steile Zuwächse einfährt, ist die Tätigkeit vor Ort noch immer beschwerlich. Das liegt vor allem an intransparenten Entscheidungsstrukturen der Verwaltung. Trotz der Gesetzesreformen ist der rechtliche Rahmen für viele Europäer immer noch unverständlich. Auch Korruption bleibt ein Thema.

Die Angst, selbst Opfer mafiöser Machenschaften werden zu können, hält viele in Russland aktive Unternehmen von allzu lauter Kritik ab. Doch das Problem ist allen bewusst. "Man trifft leider noch sehr oft Leute, die in die eigene Tasche wirtschaften, sei es bei der Visabeschaffung, bei der Arbeitserlaubnis oder ganz einfach im Straßenverkehr", heißt es in einem Interview mit einem deutschen Geschäftsmann, das in der aktuellen Broschüre der Delegation der

deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation veröffentlicht wurde. "Das gehört zum Geschäftsalltag in Russland." Dabei sei es manchmal einfacher, sich mit der entsprechenden Person zu einigen, anstatt den „Gang in die Behörden“ anzutreten, der viel Zeit und Geduld in Anspruch nehme.

Nach Angaben der internationalen Organisation Transparency International (TI) versucht mindestens jeder fünfte Russe, durch Bestechungsgelder seine Probleme zu lösen. Die russischen TI-Vertreter allerdings gehen von einer viel höheren Zahl (rund 56%) aus.

Meldungen von Auftragsmorden an Menschen, die den Mächtigen im Land unangenehm werden, schockieren zusätzlich. Jüngstes Beispiel ist der Fall Andrej Koslow. Seine Ermordung gilt vielen als Beweis, dass Russlands Geschäftswelt unter Kremlherr Wladimir Putin keineswegs sicherer geworden ist. Koslow, oberster Bankenaufseher und Vizechef der Zentralbank, starb am Donnerstag mit mehreren Kugeln im Körper an den Folgen eines Attentats. Ermittler vermuten die Hintermänner in der Bankenwelt. Wiederholt hatte Koslow betont, sein besonderes Augenmerk gelte jenen kleinen Moskauer Banken, die sich auf Geldwäsche und Steuerhinterziehung spezialisiert hätten.

Im Fokus der ausländischen Unternehmen steht allerdings vielmehr die mangelnde Rechtssicherheit. An der Entscheidung einzelner Personen kann mitunter das gesamte Russland-Engagement scheitern, ohne dass der Unternehmer dagegen wirksame Rechtsmittel einlegen kann. Der schwelende Konflikt um den Ölkonzern Jukos hat die Geschäftstätigkeit der meisten ausländischen Firmen bisher zwar nicht unmittelbar beeinflusst. Dass ein erfolgreiches Unternehmen allein durch staatlichen Druck zerschlagen werden kann, nährt jedoch nach wie vor die Zweifel an der Berechenbarkeit russischer Politik.

Ohne einen guten Draht zu den Behörden läuft oft nichts. Der von Experten empfohlene Umgang mit wichtigen Ämtern wie der Steuerbehörde kommt einem strikten Verhaltenskodex gleich, bei dem es allein darum zu gehen scheint, die jeweiligen Entscheider gnädig zu stimmen. Oft mischen die Amtsträger in den Bereichen, für die sie zuständig sind, als Geschäftsleute selber kräftig mit. Die Knüppel, die Bürokraten Investoren zwischen die Beine werfen können, haben auch große westliche Unternehmen bereits zu spüren bekommen. So der schwedische Möbelkonzern Ikea, der sich schon mehrmals mit örtlichen Behörden auseinandersetzen musste.

Lesen Sie weiter auf Seite 2: Negativschlagzeilen mindern Russland-

Interesse kaum

So wird trotz kräftig gestiegener Investitionen in Russland im internationalen Vergleich zu wenig investiert. Das zeigt sich insbesondere am geringen Zufluss ausländischer Direktinvestitionen. Internationale Investoren kritisieren neben der fehlenden Rechtssicherheit und der Korruption die überbordende Bürokratie und die geringe Leistungsfähigkeit des russischen Bankensystems.

Das Investitionsklima in Russland beurteilen auch internationale Institutionen immer noch recht verhalten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht in ihrem 2004 veröffentlichten Report "Russian Federation: Progress and Reform Challenges" reichlich Verbesserungsbedarf.

Dennoch habend die jüngsten Negativschlagzeilen dem Russland-Interesse vieler westlicher Unternehmen nichts anhaben können. Nahezu täglich berichten die Medien über den geplanten oder bereits erfolgten Markteinstieg, über Investitionsvorhaben oder Betriebseröffnungen internationaler Gesellschaften. Schließlich lockt die russische Wirtschaft mit hohen Zuwächsen und Renditen. Konsumlust und Investitionsneigung steigen, der Nachholbedarf ist groß. Unternehmer "In Russland laufen die Geschäfte gut. Wir haben unsere Umsätze in den vergangenen Jahren um 13 Prozent im Jahr gesteigert", berichtet ein deutscher Geschäftsführer.

Der größte Teil direkter Auslandsinvestitionen in Russland verteile sich derzeit auf den Brennstoffsektor, Handel, Gastronomie sowie die Nahrungsmittelindustrie. Bei der Produktion von Gütern mit einer hohen Wertschöpfung halten sich westliche Investoren hingegen zurück. Aufwand und Risiken eines solchen Engagements werden oft noch gescheut - zum einen, weil es an entsprechenden Bedingungen (z.B. lokal hergestellte Vorprodukte, qualifiziertes Personal, logistische Infrastruktur) fehlt, zum anderen, weil man sich an einen immer noch unberechenbaren Markt nicht zu eng binden will.

Über 3500 deutsche Unternehmen sind in Russland inzwischen mit einer Repräsentanz oder eigener Fertigung vertreten. Erfolgsgeschichten aus dem Mittelstand bieten die Nahrungsmittelindustrie mit Firmen wie Ehrmann, Onken, Hochland, Campina oder Ritter Sport. Ein weiteres Paradebeispiel ist der bayerische Baumaterialhersteller Knauf. Die Firma erhöht seit zehn Jahren die Zahl seiner Produktionsorte in Russland.

Tatsächlich hat sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren zum

wichtigsten Handelspartner Russlands entwickelt. Der bilaterale Handel zwischen Deutschland und Russland stieg nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) 2005 um 24,2 Prozent auf 38,9 Mrd. Euro.

Lesen Sie weiter auf Seite 3: Keine unlösbaren Probleme, sondern lediglich Herausforderungen"

Über 80 Prozent der deutschen Unternehmen erwarten nach einer Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in den nächsten Jahren in ihrem Russlandgeschäft ein Umsatzwachstum von über 10 Prozent und planen Investitionen von mehr als zwei Milliarden Euro. Die größten Investitionen sind im Energiesektor und der Automobilindustrie geplant.

So erhält Deutschland durch den gemeinsamen Bau der Ostsee-Pipeline eine direkte Anbindung an die riesigen russischen Erdgasvorkommen. Mit dem neuen Infrastrukturprojekt soll die Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Transportwege und durch neue Transportkapazitäten für zusätzliche Mengen russischen Erdgases erhöht werden.

Fast 90 Prozent der Unternehmen sind der Meinung, dass sich das Geschäftsklima in den letzten Jahren in Russland verbessert hat und gehen davon aus, dass sich dieses positive Klima auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Als größten Vorteil des russischen Marktes nannten die Unternehmen die gestiegene Kaufkraft und das Konsumverhalten des russischen Verbrauchers, das zu einer deutlich gestiegenen Nachfrage geführt habe.

"Probleme können grundsätzlich in vielen Bereichen auftreten", heißt es in der Broschüre der Delegation der deutschen Wirtschaft. Exemplarisch sei die risikobehaftete und schwierige Grundstücks- oder Immobilienakquisition genannt. "Wenn man sich aber mit den Themen fachlich kompetent auseinandersetzt und die Rechtsnormen respektiert, gibt es hier keine unlösbaren Probleme - sondern lediglich Herausforderungen."

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

DIE ZEIT

Geschmiert und gereinigt

Korruption und Geldwäsche kosten Russland die Hälfte seiner Wirtschaftskraft

Von Johannes Voswinkel

Ein bescheidenes Einkommen von umgerechnet rund 3000 Mark führte Ljudmila Putina in ihrer Steuererklärung für 1998 und 1999 auf. Gezahlt wurde das Geld von der Sankt Petersburger Telefonfirma Telekominvest. Viel tun musste Putina, die Gattin des heutigen Staatspräsidenten Russlands, dafür wohl nicht: In der Moskauer Dependence der Firma nahm sie Anrufe entgegen und organisierte Geschäftstreffen.

Seit kurzem steht Telekominvest im Mittelpunkt staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen in Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein. Es geht um den Verdacht der unlauteren Privatisierung von Staatsfirmen, der Veruntreuung und Geldwäsche. In Frankfurt durchsuchten Beamte die Zentrale der Commerzbank, die bis vor vier Jahren Anteile der Telekominvest treuhänderisch verwaltet hatte. Deutsche Bankmanager könnten, so die Vermutung der Staatsanwaltschaft, dabei geholfen haben, illegale Gelder aus Russland beiseite zu schaffen. Andreas de Maizière, Vorstandsmitglied der Commerzbank und lange für das Geschäft in Osteuropa zuständig, übernahm die Verantwortung und trat zurück.

So korrupt wie Malawi oder Mosambik

Weiter im Amt ist Leonid Rejman, einer der Gründer von Telekominvest. Noch heute neigt er als russischer Telekommunikationsminister im Kabinett von Präsident Wladimir Putin ergeben den Kopf. Rejman und Putin sind alte Weggefährten: Als Rejman 1994 Telekominvest als Holding zweier Staatsfirmen schuf, erteilte der zuständige erste Stellvertreter des Petersburger Bürgermeisters die Genehmigung: Putin.

Es nimmt nicht Wunder, dass der russische Generalstaatsanwalt, der sonst schon mal großspurig eine »Aktion der sauberen Hände« nach italienischem Vorbild ankündigt, die westeuropäischen Ermittlungen bisher ignoriert. Die Zeitungen berichten nur in ihren Innenteilen, in kleinen Artikeln, die sich sichtlich aus Selbstschutz auf bekannte Fakten und westliche Quellen beschränken. Dennoch werfen die Ermittlungen ein helles Licht auf die Schattenseite der russischen Wirtschaft: die Korruption.

Indien, Malawi und Mosambik, das sind die Nachbarn Russlands auf der Weltrangliste der Korruption, die die Berliner Organisation Transparency International jährlich erstellt. Mit Platz 90 unter 146 Ländern steht Russland alles andere als gut da.

Erwachsen ist die Korruption im Land aus einer sehr spezifischen Mischung aus den alten Rückständen des Sozialismus und dem neuen Raubtierkapitalismus der neunziger Jahre. Als sich der Außenhandel mit Holz, Edelsteinen und Buntmetallen zunehmend auch privaten Firmen öffnete, kamen Russlands Beamte auf den Geschmack, insbesondere jene, die für die Vergabe von Ausfuhrquoten verantwortlich waren. Bis zu 50 Prozent der Einnahmen aus dem Export flossen in jenen Jahren direkt in die Hände geschmierter Bürokraten. Später sorgten die Großschnäppchenjäger, die im Zuge der Privatisierung mit nicht immer sauberen Methoden den einträglichen Staatsbesitz unter sich aufteilten, für Schlagzeilen. Das Geflecht von Verwaltung, Politik und Wirtschaft, das entstand, beweist bis heute Spannkraft.

»Nutznießer waren in erster Linie die Vertreter der Parteienomenklatura, die das Eigentum zuvor kontrolliert, aber nicht besessen hatten«, resümiert der Korruptionsforscher Georgij Satarow, der Volksmund spricht vom »Raub an den Armen, um die Reichen zu füttern«. Wie viel Geld über die Jahre veruntreut, gestohlen und rein gewaschen wurde, weiß keiner. Auch die Kapitalflucht aus Russland gibt nur einen schwachen Hinweis auf die Dimension der großen Umverteilungssause: Mehr als 200 Milliarden Dollar sind nach den konservativen Angaben der Zentralbank seit 1994 aus dem Land abgeflossen. Wie weit dieses Geld Untreue, Geldwäsche oder anderen kriminellen Machenschaften entstammt, lässt sich nicht ermessen.

Zurückgeblieben ist eine Gesellschaft des Misstrauens. Nur ein Viertel der

Russen gibt in Umfragen an, den meisten Menschen grundsätzlich zu trauen. In einem Land, in dem Justiz und Verwaltung nur bedingt Urheberrechte und Verträge schützen, fehlt damit eine wichtige Stütze des wirtschaftlichen Austauschs. Das Misstrauen hält viele von größeren Reinvestitionen in die eigene Firma ab und führt zu erhöhten Kosten, etwa wenn der bekannte Geschäftspartner dem günstigeren, aber unbekannteren vorgezogen wird.

In Russland ist die Korruption nicht Parasit des Systems – sie ist ein tragender Teil. Wie der Moskauer Korruptionsforscher Satarow mit der neuen Studie seines Instituts Indem auf Basis von Umfragen belegt, gilt für die Korruption, was Präsident Putin für die gesamte Wirtschaft versprochen hat: Stabilität im Wachstum. 135.800 Dollar muss ein Unternehmer im Durchschnitt pro Jahr für Schmiergelder ausgeben – ein Anstieg um das 13fache binnen vier Jahren. Insgesamt, so Satarow, zahlt die Wirtschaft 316 Milliarden Dollar pro Jahr für Korruptionszwecke – ein Betrag in Höhe von 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Vor allem die Inspektoren des Gesundheitsamtes, der Feuerpolizei und die Lizenzbehörden halten die Hand auf. In einem besonders absurden Fall aus dem Jahr 1999 scheiterte eine Eisverkäuferin, die mit ihrer tragbaren Kühlbox den Flussstrand von Nowokusnezsk ablief, an der fehlenden Brandschutzgenehmigung. Zwar betont das russische Wirtschaftsministerium, es habe die Genehmigungsprozeduren mittlerweile per Gesetz vereinfacht. Doch die Hydra regeneriert sich schnell. »Unternehmer bestätigen uns, dass sie nur noch bei einer zentralen Registrierungsstelle vorsprechen müssen«, sagt Satarow. »Allerdings mindestens sechsmal.«

Gute medizinische Versorgung gibt es nur gegen Bares

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für die Bürger ist Korruption Alltag. Sie geben laut Indem pro Jahr etwa drei Milliarden Dollar dafür aus. »Seelenarbeit« nennen sie die Auswahl eines bestechenden Geschenkes, etwa eines Seidentuchs von Dior für die Dame oder eines DVD-Geräts für den Herrn. Zumeist aber geht es um Geld: für die Anerkennung von Rentenansprüchen, die berufliche Beförderung, den privilegierten Studienplatz oder einen genehmen Richterspruch. Allein 350 Millionen Dollar sind 2004 in den Wehrämtern Russlands für die Ausmusterung derjenigen geflossen, die Angst

vor dem Einsatz in Tschetschenien oder dem schikanösen Leben in den Kasernen haben. Die Anmeldung eines Neuwagens lässt sich bei der Verkehrspolizei mit gut 30 Euro auf acht Stunden verkürzen. Ärzte präsentieren Unfallopfern im Krankenhaus den feinen Nähfaden oder den haltbareren Gips zum Aufpreis – zu zahlen ist vor der Operation. Ein Monatsgehalt von 200 Dollar macht erfinderisch.

Zumindest eine Tendenz, die Satarows Studie verzeichnet, lässt hoffen: Die Bereitschaft der russischen Bevölkerung, Schmiergelder zu zahlen, sinkt. Verdreifacht hat sich indes die Zahl derer, die in Putins Amtszeit einen neuen Höhepunkt der Korruption erblicken. Zwar ist der Präsident einst als Kämpfer wider den Sittenverfall angetreten, seine autoritäre Politik aber unterdrückt alle Kräfte, die für die Kontrolle einer korrupten Bürokratie unabdingbar sind: ein selbstbewusstes Parlament, eine freie Presse, eine unabhängige Justiz und eine aktive Zivilgesellschaft. Nicht die »Diktatur des Gesetzes« herrscht, sondern Nachsicht, vor allem für Politiker mit zweifelhaftem Ruf. Viele von ihnen schiebt Putin auf Ehrenposten ab. Untersuchungen der Staatsanwaltschaft versanden im Niemandsland »weiterer Ermittlungen«.

Staatselite und Oligarchen sind nahezu unantastbar

Nahezu immun vor Strafverfolgung scheint Russlands Elite heute. Dmitrij Ajazkow, der Gouverneur von Saratow an der Wolga, der unter Korruptionsverdacht aus dem Amt gedrängt wurde, belohnte Putin mit dem Posten des russischen Botschafters in Weißrussland. Ebenfalls dort tätig: Pawel Borodin. Putins einstiger Vorgesetzte aus der Kremlverwaltung wurde beschuldigt, 25 Millionen Dollar als Bestechungsgelder von Schweizer Baufirmen erhalten zu haben. Im April 2001 kaufte ihn der russische Staat mit einer Kautions von drei Millionen Dollar aus der Genfer Untersuchungshaft – Borodin nannte Putin daraufhin »einen wahren Mann«. Er versprach, weiter für die »Größe seines Landes« zu arbeiten – als wohlversorgter Staatssekretär der russisch-weißrussischen Union. In der Schweiz wurde er später zu einer Strafe von 300.000 Franken verurteilt.

Korruption wird in Russland indes nicht nur geduldet, sie ist auch Mittel des politischen Kampfes. »Jemand, der kompromittiert und korrumpiert ist«, sagt Experte Satarow, »hängt am Haken.« Wie, das zeigt der Fall des einst

reichsten Manns Russlands, des Ölmilliardärs Michail Chodorkowskij. Er hatte vor zwei Jahren Putin persönlich vorgeworfen, der staatliche Ölkonzern Rosneft erwerbe Firmen durch Bestechung. »Korruption breitet sich im Land aus«, erklärte der aufmüpfige Oligarch damals. »Man kann sagen, es begann mit uns. Früher oder später aber müssen wir sie stoppen.« Putin reagierte gereizt, fragte drohend, wie denn Chodorkowskij's Konzern Yukos seine großen Ölreserven erworben habe. Ende Mai verurteilte ein Gericht Chodorkowskij wegen Wirtschaftsbetrugs zu neun Jahren Lagerhaft. Rosneft riss in einer dubiosen Auktion die profitable Yukos-Tochter Yuganskneftegas an sich.

Manches erscheint als letzte Warnung des Kreml. Kaum hatte Michail Kasjanow, ein früherer, im Februar 2004 von Putin entlassener Ministerpräsident, in diesem Frühjahr angedeutet, er könne bei der nächsten Präsidentschaftswahl für die Opposition kandidieren, eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen ihn. Der Vorwurf: Eine Staatsdatscha im Millionenwert soll er für verdächtige 370000 Dollar gekauft haben.

Anderthalb Jahre ist es her, dass Putin einen Antikorruptionsrat gründete. Sein Vorsitzender ist – bis heute – Kasjanow.

(c) DIE ZEIT 04.08.2005 Nr.32

32/2005

Korruption in Rußland

Des Beamten neue Kleider

Von Kerstin Holm, Moskau



03. Juli 2006

Es ist wie die Krankheit des Bodybuilders. Die gewaltig geschwollenen finanziellen Muskeln, die der russischen Staatsführung internationale Bewunderung eintragen, schädigen die Feinmotorik bis zur Beinahe-Paralyse. Dank der hohen Gas- und Erdölpreise kann Rußland seine Auslandsschulden frühzeitig zurückzahlen und hat Rücklagen angesammelt. Sie könnten in die darbende Infrastruktur des weiten Landes gesteckt werden, beispielsweise in jene im Prinzip beschlossenen nationalen Projekte, welche die medizinische Versorgung, Schulen, sozialen Wohnungsbau und Landwirtschaft

Vollgesogen im Amt:
Generalstaatsanwalt
Ustinow

fördern sollen.

Um so bitterer, wenn nicht nur der Minister für Wirtschaftsentwicklung, sondern auch Präsident Putin einräumt, eigentlich dürfe der Staat größere Investitionen nicht wagen. Die Scylla der Inflation würde einen Teil der Staatsgelder zunichte machen, den anderen die Charybdis der Korruption.

Zustände untragbar

In Rußland nehme die Korruption immer weiter zu, rechnen Expertenstudien im Halbjahresrhythmus vor. Dabei habe sich die Alltagskorruption stabilisiert, also informelle Zuwendungen des Normalbürgers an Verkehrspolizisten, Ärzte, Hochschulen, meldet die Moskauer Indem-Stiftung. Deren Volumen sei in den letzten vier Jahren nur unwesentlich gestiegen, fanden die Korruptionsforscher durch Umfragen heraus: von 2,8 auf drei Milliarden Dollar jährlich. Dafür wuchs der Umfang der illegalen Geschäfte zwischen Geschäftswelt und Bürokratie explosionsartig an: von 33 Milliarden Dollar 2001 auf 316 Milliarden im vergangenen Jahr. Das ist mehr als das Zweieinhalbfache des Staatshaushaltes, gibt der Stiftungsvorsitzende Satarow zu bedenken.

Klagen über die wild wuchernde Korruption gehören zu den Pflichtübungen öffentlicher Politik. Im Namen der Korruptionsbekämpfung versuchte man die notorisch käufliche Polizei zu säubern, indem einige als „Werwölfe in Uniform“ enttarnte Beamte der Presse vorgeführt wurden. Erst vor zwei Monaten erklärte Putin die Zustände beim Zoll, wo sich Staatsdiener und private Maklerfirmen in „ökonomischer Ekstase“ umarmten, für untragbar. Wenig später wurden der Chef des Bundeszolldienstes und zwei seiner

Stellvertreter gefeuert. Doch auf vereinzelte spektakuläre Entlassungen folgen keine Strafprozesse. Und wenn ausnahmsweise Funktionäre wegen Amtsmißbrauchs vor Gericht kommen, wie dies in den vergangenen Jahren den Gouverneuren von Twer, Jaroslawl, Kamtschatka oder der Nenez-Autonomie geschah, wird das Verfahren eingestellt oder endet mit Bewährungsstrafen.

Korruption als Regierungsmethode

Daß die russische Korruption kein Mißstand sei, sondern Regierungsmethode, bemerkten scharfsichtige Beobachter schon Ende der neunziger Jahre. Da die Oligarchen ihre Vermögen sämtlich unter eklatanter Gesetzesverletzung erwarben, sammelten die weitsichtigsten von ihnen kompromittierendes Material gegen Konkurrenten und hohe Beamte, die im Fall des Falles aktiviert werden konnten. Die alte Geheimdienstmethode wirkt stabilisierend nach dem Modell der atomaren Abschreckung. Auch die heutige Stabilität sei dadurch erkaufte, daß alle Mitglieder des byzantinischen Machtclubs kompromittiert in einem Glashaus säßen, befindet Indem-Chef Satarow.

Seit dem Chodorkowskij-Schauprozeß ist klar, daß das Dossier bei denen geöffnet wird, die sich der Umarmung des Staates entwinden möchten. Der Boom seiner rohstofflastigen Wirtschaft ist für Rußlands System das stärkste Argument. Die Wachstumseuphorie hat auch die Apparate erfaßt. Unter Putin schwoll die russische Beamtenschaft bei stetig abnehmender Bevölkerungszahl auf zweieinhalb Millionen an. Die viel größere Sowjetunion hatte ihre völlig verstaatlichte Wirtschaft mit halb so vielen Beamten verwaltet.

Die privilegierte Kaste

Schon ihre offiziellen Gehälter, die um das Dreifache über dem russischen Durchschnitt liegen, machen die Beamten zu einer privilegierten Kaste. Die Hoffnung, eine bessere Bezahlung würde die Beamten weniger bestechlich machen, erfüllte sich indessen nicht. Ebenso wenig konnte die Verteuerung offizieller behördlicher Genehmigungsverfahren der Schattenwirtschaft etwas anhaben. Wer beispielsweise in Petersburg ein Lokal eröffnen will, entrichtet heute Gebühren von rund dreißigtausend Dollar - und noch einmal die gleiche Summe „Trinkgeld“. Kein Wunder, daß russische Nichtbeamte grundsätzlich den Staatsdienern mißtrauen. Mit den beneideten Parasiten sind sie in der Überzeugung einig, daß Beamte vor allem nach Reichtum und Macht streben - gern auch auf Kosten des Volkes.

Präsident Putin ist zugleich der Generalissimus seines Beamtenheeres und dessen Geisel. Insbesondere die Geheimdienstzöglinge und die Generalstaatsanwaltschaft, die Chodorkowskij neutralisierten und dessen Yukos-Imperium erbeuteten, schienen beim Ausbau ihrer schattenwirtschaftlichen Einflußsphären nicht mehr zu bremsen. Die Entlassung von drei Zollchefs war von Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow initiiert

worden, jenem korpulenten Riesen mit dem verschlagenen Kinderblick, der sechs Jahre lang seinem Herrn im Kreml jeden Wunsch nach strafrechtlicher Verfolgung von den Augen abgelesen hatte. Dank seiner aggressiven Devotion war Ustinow zu einem politischen Schwergewicht geworden. Seit sein Sohn die Tochter von Igor Setschin geheiratet hat, ist er mit Putins stellvertretendem Administrationschef, der auch Aufsichtsratsvorsitzender des staatlichen Ölkonzerns „Rosneft“ ist, verwandt. Setschin gilt als Hauptfädenzieher der Gewaltbürokraten. Doch Putin entließ seinen obersten Ankläger für dessen Strafaktion beim Zoll wie Sarastro seinen übereifrigen Wächter Monostatos. Das war ein erster Schlag gegen Kampfgefährten, die Putins Macht konsolidiert hatten, aber jetzt zu stark wurden, diagnostiziert die Wirtschaftsjournalistin Julia Latynina. Sie erblickt darin eine Neuauflage der Parteisäuberungen der dreißiger Jahre unter kapitalistischen Vorzeichen.

Vollgesogen im Amt

Die russischen Funktionäre handeln, als glaubten sie nicht an die Zukunft, auch wenn sie das Gegenteil beteuern. Die Waggonladungen chinesischer Mobiltelefone, welche die Zöllner gegen Sonderzuwendungen unter dem Etikett Ersatzteile ins Land ließen, bewiesen, daß die Wirtschaft nicht ohne Visionen auskomme, sagt Indem-Soziologe Rimski. Daß die eigene Industrieproduktion in Rußland nicht in Gang kommt, liege auch am Zynismus seiner Zollbeamten, fügt Rimski hinzu, den das um so mehr schmerzt, als russische Arbeitnehmer besser ausgebildet seien als chinesische.

Welch philosophische Welten zwischen russischen Staatsdienern und ihren chinesischen Kollegen liegen, ungeachtet gemeinsamer Korruptionsprobleme, konnte man sich dieser Tage bei der beliebten Fernseh-Quiz-Sendung „Wer-Wo-Wann“ (Kto-gde-kogda) vor Augen führen. Russische Alleswisser mußten die Frage beantworten, warum der Schneider, bevor er dem chinesischen Mandarin einen Mantel näht, ihn fragt, wie lange er amtiert. Die Lösung des aus einem Dorf in Baschkirien eingesandten Rätsels lautet, der Amtsneuling benötige wegen seiner stolz geschwellenen Brust ein Kleid, das vorn länger sei und hinten kürzer - beim von der Arbeit gebeugten Senior müsse umgekehrt die Vorderseite kürzer und die Rückseite länger ausfallen. Die russischen Experten versuchten es mit einer russischen Extrapolation. Beim frischen Beamten müsse man das Gewand auf Zuwachs schneiden, erklärten sie, weil er, noch dünn, durch Sondereinnahmen an Körperfülle zunehmen wird. Wer länger amtiert, hat sich vollgesogen - und bekommt einen Mantel nach Maß.

Text: F.A.Z., 03.07.2006, Nr. 151 / Seite 37

Bildmaterial: picture-alliance/ dpa

Zum Thema

→ **Putin: Gegen Korruption und für Kinder**

SPIEGEL ONLINE - 22. Dezember 2005, 12:15

URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,391247,00.html>

INTERVIEW MIT MAFIA-EXPERTE ROTH

"Gasprom ist ein Synonym für Korruption"

Jürgen Roth, Experte für Wirtschaftskriminalität, nennt Gasprom ein "Selbstbereicherungssystem" mit "kriminellen Strukturen". Mit seinem Engagement für den Konzern habe Altkanzler Schröder "nicht in deutschem Interesse gehandelt", so Roth im SPIEGEL-ONLINE-Interview.

SPIEGEL ONLINE: Herr Roth, der russische Energie-Riese Gasprom drängt mit Macht auf den westeuropäischen Markt. Nun will er auch deutsche Stadtwerke kaufen. Sind deutsche Gasverbraucher bald direkt von Moskau abhängig?

Roth: Wenn es dazu kommt, zahlt der westeuropäische Verbraucher, überspitzt formuliert, direkt an eine zwielfältige Organisation. Das Gasprom-Imperium war zumindest in der Vergangenheit über diverse Tochterfirmen eng mit kriminellen Strukturen verflochten. Die fehlende Transparenz ermöglichte es Kriminellen, im Erdgasgeschäft kräftig mitzumischen. Immer wieder wurde in der osteuropäischen Presse von hochgradigen Korruptionsfällen berichtet.

SPIEGEL ONLINE: An welche denken Sie?

Roth: Mir liegen Geldwäscheverdachtsanzeigen des Deutschen Zolls vor. Darin notierten die Beamten Aktivitäten von Kurieren, die im Namen von Gasprom unter anderem in der Schweiz Millionen US-Dollar deponiert haben. Nach mündlichen Aussagen der Schweizer Bundesanwaltschaft mir gegenüber soll ein früheres Vorstandsmitglied von Gasprom mindestens zwei Milliarden US-Dollar beiseite geschafft haben. Und er ist kein Einzelfall. Aber es gab bisher keine juristischen Verfahren gegen Gasprom. Das wird auch nie geschehen, weil es niemand wagen würde.

SPIEGEL ONLINE: Das sind schwere Vorwürfe. Warum wagt das

ZUR PERSON



Jürgen Roth, 60, ist freier Publizist und lebt in Frankfurt am Main. Er hat mehrere Bücher über die

Organisierte Kriminalität in Osteuropa veröffentlicht, etwa "Die roten Bosse" (1999), "Der Oligarch" (2001), "Netzwerke des Terrors" (2002), "Die Gangster aus dem Osten" (2003) und "Gejagt von der Polenmafia" (2005). Im

Mai erscheint sein neuestes Werk "Der Deutschland-Clan. Das skrupellose Netzwerk von Politikern, Top-Unternehmern und der Justiz".

Roth: Gasprom ist zu mächtig. Ich weiß von Ermittlern, die versetzt worden sind, nachdem sie in Sachen Gasprom aktiv geworden waren.

Und Staatsanwälte untersuchen den Konzern nur, wenn sie den politischen Auftrag bekommen.

Tochtergesellschaften und Repräsentanten von Gasprom wurden von ukrainischen Zeitungen und auch vom Direktor des ukrainischen Nachrichtendienstes SBU immer wieder in die Nähe der Organisierten Kriminalität gebracht. Und immer wieder führen die Spuren nach Zug in der Schweiz oder nach Zypern. Das Problem ist: Die Vorwürfe werden nie geklärt, weil in Russland nicht hinreichend ermittelt wird. Und Gasprom selbst bestreitet alles.

SPIEGEL ONLINE: Haben Sie ein Beispiel für Ihren Vorwurf, es werde nicht ermittelt?

Roth: Das geht so weit, dass sogar Ermittlungen in anderen Staaten verhindert werden, wie das Beispiel Ukraine zeigt. Hier sollte es strafrechtliche Ermittlungen gegen ein Unternehmen geben, das eng mit Gasprom liiert ist. Aber der russische Präsident Wladimir Putin soll nach Angaben von Alexander Turtschinow (Ex-Chef des Ukrainischen Sicherheitsdiensts) interveniert haben. Daher sei das Verfahren eingestellt worden. Turtschinow sprach davon, dass "die Untersuchung einen Konflikt mit Wladimir Putin herbeiführen würde". Putin sitzt immer am längeren Hebel. Und er fördert und stabilisiert dieses System. Für ihn ist Gasprom mehr als ein strategisches Instrument - da kann man unter anderem auch seinen Wahlkampf über Gasprom mitfinanzieren lassen.

SPIEGEL ONLINE: Putin hat Gasprom immer wieder instrumentalisiert, um unliebsame Nachbarn durch Gaspreiserhöhungen politisch unter Druck zu setzen, etwa Weißrussland, Polen, Moldau und die Ukraine. Wird auch Westeuropa durch den wachsenden Einfluss des Gas-Giganten erpressbar?

Roth: Das ist eines der großen Probleme. Wir werden erpressbar, sobald eine deutsche Regierung mit Putins Politik aus irgendeinem Grund nicht zufrieden ist oder es massive Interessenskonflikte geben sollte.

SPIEGEL ONLINE: Der Erdgasverbrauch in der EU wird in den nächsten 25 Jahren um 50 Prozent steigen, die eigene Förderung von 50 auf 15 Prozent sinken. Moskau wird als Energielieferant immer wichtiger. Besteht die Gefahr, dass Gasprom bald die Preise in ganz Europa diktieren wird?

Roth: Gasprom ist auf Grund eines enormen Geldberges längst dabei, sich in Banken und Volkswirtschaften einzukaufen. Gerüchterweise hört man aus dem Umfeld der Gasprom-Bank, dass man in Zukunft daran denkt, die Commerzbank zu kaufen. Ziel ist es, das ist meine Überzeugung, weltweit eine marktbeherrschende Position einzunehmen und so - wie im Energiebereich - die Preise zu diktieren.

SPIEGEL ONLINE: Wie kommen Sie zu dieser Behauptung?

Roth: Gasprom ist nach meiner festen Überzeugung ein Synonym für Korruption, für eine gigantische Selbstbereicherung der früheren sowjetischen Nomenklatura, der neuen russischen Business-Elite und kriminellen Strukturen. Denken Sie an den ehemaligen russischen Premier Wiktor Tschernomyrdin und seine Familie, der die Gasprom-Tochtergesellschaft Stroitransgas zu so ungewöhnlich günstigen Konditionen bekam, dass sich amerikanische Aktionäre darüber bitter beklagt haben. Es gibt andere Beispiele dafür, wie man sich durch Bestechung bestimmte Personen gefügig macht, ob in der Ukraine oder in Turkmenistan. Bei so viel Geld wird das auch hier in Deutschland eine Rolle spielen. Anderes anzunehmen wäre Irrsinn.

SPIEGEL ONLINE: Das sind ja bisher unbewiesene Anschuldigungen an die handelnden Personen. Wer kontrolliert eigentlich Gasprom? Der Aufsichtsratsvorsitzende Dmitrij Medwedew ist Putins Erster Vizepremier und ehemaliger Verwaltungschef im Kreml.

Roth: Beim Wechsel von Boris Jelzin zu Putin sind dessen Sankt Petersburger Freunde nicht nur nach Moskau mitgekommen, sondern auch bei Gasprom eingestiegen. Die Petersburger Zeit ist Putins großes schwarzes Loch. Während der Zeit der Privatisierung war er dort stellvertretender Bürgermeister, und es ist - um es gelinde auszudrücken - nicht alles mit rechten Dingen zugegangen. Dies ist unbestritten. 1992 gab es gar einen Untersuchungsausschuss, der Putins Geschäfte unter die Lupe nahm. Die Untersuchung blieb trotz auffälliger Unregelmäßigkeiten letztlich ohne Folgen. Bekannt sind geschäftliche Verbindungen seiner besten Freunde aus St. Petersburg zur Tambow-Mafia, die bis heute in der Stadt das Sagen haben.

SPIEGEL ONLINE: Nun hat Ex-Kanzler Gerhard Schröder vor allem die Polen und Ukrainer vergrätzt. Da die geplante Ostsee-Pipeline an diesen Ländern vorbeiführt, macht sich Russland von ihnen unabhängig. Welche politischen Konsequenzen hat das?

Roth: Besonders düpiert hat Schröder die Polen. Sie wurden bereits 1992 von Gasprom über den Tisch gezogen. Sie mussten einen Vertrag über viel zu hohe Erdgaslieferungen abschließen. Gleichzeitig durften sie das überschüssige Gas nicht weiterverkaufen. Die polnischen Bürger durften die Zeche zahlen, und diejenigen in der Regierung, die dieses Vertragswerk unterzeichnet haben, profitierten finanziell. Kurzum: Der extrem intimen Freundschaft zwischen dem Demokraten Schröder und dem Nichtdemokraten Putin wird in vielen Ländern große symbolische Bedeutung zugemessen. Sie steht auch für den völligen Verfall jeglicher politischer Kultur in Deutschland.

SPIEGEL ONLINE: Wollen Sie etwa behaupten, der Kreml versuche mittels Schröder und anderer, sein System

auf den Westen zu übertragen?

Roth: In Russland herrscht die heimliche Diktatur des Geheimdiensts. Putin war und ist auch als Präsident deren oberster Chef. Sein Wort von der "gelenkten Demokratie" ist nicht mehr als eine Phrase. In Russland gibt es, abgesehen vielleicht von Sankt Petersburg und Moskau, kaum noch demokratische Partizipationsmöglichkeiten der Bürger: Die Medien sind geknebelt, demokratische Bewegungen können nicht mehr existieren. Denken Sie an den Tschetschenienkrieg, da klebt bekanntlich viel Blut auch an Putins Händen.

SPIEGEL ONLINE: Und dies soll sich langfristig auf die zivile Gestalt westlicher Demokratien auswirken?

Roth: Der Schröder-Putin-Deal und insbesondere die Reaktionen darauf geben bereits einen Hinweis darauf. Wenn SPD-Mitglieder wie Henning Voscherau oder Franz Müntefering plötzlich Putin loben und argumentativ umarmen, dabei die Abwesenheit eines Rechtsstaats in Russland mit keiner Silbe erwähnen, so betrachte ich das als einen ziemlich verwerflichen Gunsterweis. Wenn offensichtliches Unrecht derart schön geredet, zeigt das, wie die politische Kultur zumindest in der SPD inzwischen auf den Hund gekommen ist.

SPIEGEL ONLINE: Wie erklären Sie sich die uneingeschränkte Solidarität führender Genossen mit Schröder?

Roth: Es ist mir ein Rätsel. Man kann es - vornehm - mit Dummheit erklären, oder mit Unwissenheit darüber, welche Strukturen in der ehemaligen Sowjetunion herrschen. Wer sich nun argumentativ an die Seite Schröders stellt, gerät zwangsläufig in die Nähe der Komplizenschaft mit diesen schillernden Figuren aus der Ex-UdSSR. Andererseits: Wenn sich deutsche Großbanken und Konzerne den Herrn im Kreml an den Hals werfen, warum sollen es dann nicht bestimmte Politiker auch tun?



DPA

Arbeit an der Ostsee-Pipeline: "Putin hat Gasprom immer wieder instrumentalisiert"

SPIEGEL ONLINE: Der frühere Medienbeauftragte der OSZE, der Sozialdemokrat Freimut Duve, ist der Ansicht, Gasprom kontrolliere die "übergroße Mehrheit des russischen Journalismus". Er warf Schröder indirekt vor, durch seinen Job beim deutsch-russischen Pipeline-Konsortium NEGP eine umfassende Medienkontrolle durch Gasprom zu legitimieren. Ist der Vorwurf berechtigt?

Roth: Vielleicht ohne dass er sich darüber viel Gedanken gemacht hat, legitimiert Schröder die Zensur in Russland. So wird das zumindest bei kritischen Geistern in Russland gesehen. Darunter leiden ja nicht nur die

russischen Journalisten, sondern die gesamte demokratische Bewegung. Die Repräsentanten des deutschen

Konzerns Ruhrgas-Eon, der bereits an Gasprom beteiligt ist, haben sich nicht dadurch bemerkbar gemacht, dass sie etwas gegen die Einschränkung der Pressefreiheit unternommen haben. Geschäft ist Geschäft - alles andere spielt keine Rolle. So gesehen hat Schröder eine gute Wahl getroffen.

Das Interview führte Alexander Schwabe

© SPIEGEL ONLINE 2005

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

Zum Thema in SPIEGEL ONLINE:

▮ Strompreiserhöhung: E.on will sich gegen Verbot wehren (22.12.2005)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,391806,00.html>

▮ Widerstand: Bundesländer wollen Strompreiserhöhung blockieren (22.12.2005)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,391761,00.html>
